

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptpostamts zu Waagen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postfachkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Verkaufspreis: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: frei ins Haus halbmöndlich Mark 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabendnummer 15 Pfg.)

Druckerei Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Besondereinrichtungen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Wiederholung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 251

Dienstag, den 25. Oktober 1932.

87. Jahrgang

Tageschau.

Auf der Obermeistertagung des Berliner und Märkischen Handwerks hielt Reichsminister v. Papen Montag nachmittags eine große Rede.

Der Reichsminister des Innern wird seine angekündigte große Verfassungsrede am kommenden Freitagabend halten. Er wird dabei insbesondere auf die Fragen der Verwaltungs- und Verfassungsreform eingehen und auch das Problem des Finanzengleiches behandeln.

Reichsarbeitsminister Schäffer sprach am Montag in der Stuttgarter staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft über das Arbeitsrecht und entwickelte sodann das sozialpolitische Programm der neuen Reichsregierung.

Botschafter v. Hoesch hat Montagabend Paris verlassen. Er begibt sich zunächst nach Berlin. In den ersten Novembertagen wird er seinen Posten als deutscher Botschafter in London übernehmen.

In Südtirol ist eine polnische Spionage-Organisation aufgedeckt worden; bisher wurden etwa 20 Personen verhaftet.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Mussolini und Frankreich.

Der italienische Ministerpräsident hat am Sonntag vor zweihunderttausend Menschen in Turin die Grundlinien der Außenpolitik seines Landes nochmals klar umrissen. Auch wenn die französische Presse so tut, als verstände sie nicht, was Mussolini gemeint hat, bleiben doch die Grundthesen in der Rede des Duce so bestehen, daß ein Drehen und Deuten daran nicht möglich ist.

Italien wehrt sich gegen die Vorherrschaft einer Macht auf dem europäischen Festland. Damit ist natürlich Frankreich gemeint, das unter der Herrschaft der Pariser Vorortverträge seinen Machtbereich über ganz Europa ausgedehnt hat und das heute durch ein System von Bündnissen eine direkte militärische Vorherrschaft ausübt. Es war der historische Fehler der englischen Außenpolitik, daß sie durch ihren sinnlosen und demagogischen Deutscheschmerz nach dem Kriege einen Zustand herbeiführen half, der nicht nur für Deutschland verderblich, sondern für ganz Europa und namentlich auch für England gefährlich ist. Das Italien Mussolinis hat die Folgerungen daraus gezogen und arbeitet an einer Neuordnung der europäischen Verhältnisse mit, durch die die jetzige Ungleichheit und das Uebergewicht Frankreichs beseitigt werden soll.

Natürlich nicht um unserer schönen Augen willen. Italien treibt eine ganz kalte Machtpolitik. Aber zu der gehört, daß in Mitteleuropa eine Macht und nicht ein Ohnmachtsraum vorhanden ist. Englands Außenpolitik befindet sich bekanntlich noch immer fast völlig im Schlepptau Frankreichs. Die jetzige Schule der englischen Diplomatie wird so schnell auch nicht von dieser Politik abkommen, die geradezu eine Rühmungserscheinung unter dem Einfluß der französischen Kanonen ist, die in Dünkirchen stehen und bis nach London reichen.

Welche Gründe immer für die eindeutige Festlegung der italienischen Außenpolitik auf die Unterstützung der deutschen Gleichberechtigungsforderung maßgebend sind, wir stellen die Tatsache mit Genugtuung fest und erwarten, daß die deutsche Außenpolitik sie in der geeigneten Weise in Rechnung stellt und benützt. Mussolini hat, was vor allem wichtig ist, auch den deutschen Rechtsanspruch aus dem Versailler Diktat klar anerkannt. Auch er ist der Auffassung, daß für Deutschland kein Platz im Völkerbund mehr ist, falls die deutsche Gleichberechtigungsforderung abgelehnt werden sollte.

Wie wird sich nun Frankreich bei den kommenden Entscheidungen verhalten? Ein kleines Vorpiel hat dieser Tage in Paris stattgefunden. Bekanntlich arbeiten der Kriegsminister Paul Boncour und der Ministerpräsident Herriot an dem sogenannten französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplan, der als das große politische Wunder demnächst in Genf auf den Tisch der Abrüstungskonferenz gelegt werden soll. Ehe die Beschlussfassung im Pariser Kabinett zustande kommt, findet aber eine Beratung mit dem Generalstab statt, und da hat sich ergeben, daß der französische Generalstabchef, General Weygand, mit seinem Rücktritt gedroht hat, falls der Plan in der beabsichtigten Form in Genf überreicht werden sollte. Wohlgedenkt: hier handelt es sich nicht um grundsätzliche Auffassungsverschiedenheiten, sondern nur um unterschiedliche Taktik. Paul Boncour, dieser gerissene Abokat, will selbstverständlich auch nicht abrüsten. Aber er will eine Bestie machen und reicht einen Plan ein, von dessen Nichtzustandekommen er überzeugt ist, weil er genau weiß, daß die anderen Mächte ihn wegen seiner politischen Voraussetzungen und Forderungen gar nicht annehmen können. Dem französischen Generalstab ist aber selbst

dieses platonische Angebot zu gefährlich. Man wird abwarten müssen, wie dieser innerfranzösische Streit, über den der Sozialist Léon Blum täglich im „Populaire“ munter plaudert, schließlich ausgeht. Jedenfalls steht fest, daß Frankreich gar nicht daran denkt, jetzt und in Zukunft auf irgendwelche europäischen Gleichgewichtsforderungen einzugehen, ob sie von Mussolini oder sonst jemand stammen.

„Times“ zu der Turiner Mussolini-Rede.

London, 25. Oktober. Times betont in einem Leitartikel über Mussolinis Rede in Turin, es sei einfach ein Gebot des gesunden Menschenverstandes, daß die Rechtsgleichheit Deutschlands mit aller Deutlichkeit und Schnelligkeit anerkannt werde gegen das freiwillige Versprechen Deutschlands, den gegenwärtigen Stand der deutschen Rüstungen nicht zu überschreiten, solange das Ergebnis der Abrüstungskonferenz noch nicht vorliegt.

Der Eindruck der Rede Mussolinis in Amerika.

Washington, 24. Oktober. Die Turiner Rede Mussolinis wird hier von allen Zeitungen ausführlich gebracht und auch im Staatsdepartement mit größter Aufmerksamkeit studiert. Die Ausführungen des italienischen Ministerpräsidenten über die Berechtigung des deutschen Standpunkts in der Abrüstungsfrage werden hier als eine erfreuliche und mutige Tat begrüßt, die viel zur baldigen Beseitigung der gegenwärtig vorhandenen Schwierigkeiten beitragen dürfte. Weiter verspricht man sich von der Unterfertigung des Völkerbundes durch Mussolini eine starke Beruhigung hinsichtlich des weiteren Schicksals dieser Institution, deren Ansehen durch die in letzter Zeit aufgetauchten Gerüchte über einen angeblich bevorstehenden Austritt Deutschlands, Italiens und Japans gelitten hatte.

Einigung über den französischen Abrüstungsplan?

Paris, 25. Oktober. Der Studien- und Vorbereitungs-ausschuss des Obersten Verteidigungsrates beschäftigte sich gestern abend wiederum mit dem französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplan. Lt. hieses sollen sich die anfänglichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ausschussmitgliedern als weniger ernst herausgestellt haben und im wesentlichen hätten sich alle Standpunkte einander genähert. Der Ausschuss habe daher konkrete Ergebnisse erzielt, die dem Obersten Verteidigungsrat unterbreitet würden. Dieser werde Freitag vormittag unter Vorsitz des Präsidenten der Republik zusammentreten. Danach werde ein Ministerrat dem konstruktiven französischen Abrüstungs- und Sicherheitsplan eine endgültige Form geben. Der Plan werde sicher am 3. November dem Büro der Abrüstungskonferenz vorgelegt werden.

Rätseln um die Viermächtekonferenz.

London, 25. Oktober. Der politische Korrespondent der Morning-Post bezeichnet die Aussichten für ein baldiges Zustandekommen der Viermächtekonferenz als gering. Dagegen will der parlamentarische Korrespondent der Times wissen, daß gestern abend, obwohl keine amtliche Mitteilung vorliege, in ministeriellen Kreisen die feste Ueberzeugung geherrscht habe, die vorgeschlagene Viermächte-Konferenz werde in naher Zukunft zusammentreten.

Reichsarbeitsminister Schäffer über das Arbeitsrecht.

Stuttgart, 24. Oktober. (Eig. Meldg.) Reichsarbeitsminister Schäffer sprach am Montag in der Stuttgarter staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft über das Arbeitsrecht. Nach einem Rückblick auf die Entstehungsgeschichte des neuzeitlichen Arbeitsrechtes kennzeichnete der Redner die verschiedenen Perioden in der deutschen Sozialpolitik.

Reichsarbeitsminister Schäffer entwickelte sodann das sozialpolitische Programm der neuen Reichsregierung: Anerkennung der Notwendigkeit der Gewerkschaften und ihrer Betätigungsfreiheit, aber nicht Anerkennung des Monopols bestimmter Verbände, Anerkennung des Tarifgedankens, aber Bestreben, seine Starrheit zu mildern, durch erhebliche Einschränkung der Verbindlichkeitserklärung von Schiedsprüchen, durch Hinwirken auf größere Anpassung des Tarifinhaltes auf örtliche und betriebliche Besonderheiten; Einschränkung auch der allgemei-

nen Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen, soweit sie zur Anwendung des Tarifvertrages auf Verhältnisse führen würden, für die er nicht berechtigt ist, und durch die Möglichkeit der Kürzung des Tariflohnes in wirtschaftlich besonders gefährdeten Betrieben; im Arbeitsschutz Vereinfachung der jetzt sehr mannigfachen Vorschriften, z. B. auf dem Gebiete der Sonntagsruhe, in der Sozialversicherung Verwaltungsvereinfachung; endlich Arbeitsbeschaffung und Artunterstützung der Wirtschaft.

Der Minister betonte besonders, daß die Hauptaufgabe jetzt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei, auf dieses Ziel seien alle Maßnahmen des Regierungsprogramms eingeleitet.

Der Minister hob die große wirtschaftliche Bedeutung der Sozialeinrichtungen hervor und wies darauf hin, wie sehr gerade auch die Tüchtigkeit der deutschen Arbeiterkraft auf die deutschen Sozialmaßnahmen zurückzuführen sei. Eine gute Sozialpolitik schaffe eine arbeitsfreudige und zufriedene Arbeiterkraft und wecke und stärke in ihr das Gefühl der Verbundenheit mit dem Staat und der Mitverantwortung für das öffentliche Leben.

„Reheren“ im Rundfunk.

Der rechtsstehende Schriftsteller C. M. Köhn hat am Sonnabendabend in der neu eingerichteten Abteilung der Berliner Funkstunde „Reheren am Wochenende“ gesprochen und damit das erhebliche Mißfallen der Linken hervorgerufen.

Was ist geschehen? Nicht viel. Eigentlich nur etwas Selbstverständliches. Im deutschen Rundfunk ist einmal richtig deutsch gesprochen worden. Endlich einmal! Da hat an Stelle des jahrelang tätigen Herrn Alfred Kerr plötzlich ein neuer Mann, C. M. Köhn, so eine Art von Wochenendbetrachtungen durch das Mikrophon losgelassen und sie „Reheren am Wochenende“ genannt. Es ist natürlich eine lächerliche Verdrehung, wenn die Linke von „antifemilischen Pöbeleien“ und „Berunglimpfungen linksstehender Volksgenossen“ spricht. Köhn hatte sich einen Artikel aus einer linksradikalen Zeitschrift vorgenommen, der seinerseits eine ganz handfeste Berunglimpfung der deutschen Frauen darstellte. Dabei findet man im Linkslager natürlich nichts. Solche Dinge sind „geistreich“. Aber wenn von der anderen Seite dagegen Einspruch erhoben wird, dann ist die ganze linke Meute losgelassen. Wenn man im deutschen Rundfunk nicht mehr Dreck Dreck und Schmutz Schmutz nennen darf, wenn das schon eine Hehe ist, dann hat die Linkspresse allerdings recht. Wenn man aber endlich im deutschen Rundfunk sich gegen die Verächtlichmachung deutscher Frauen wehren, wenn man eben sagen darf, daß die Schelle anhängen darf, dann ist das ein Verstoß, auf das wir leider allzu lange warten mußten und das, als es nun endlich einmal erfolgte, immer noch voll Milde war. Man soll in den Redaktionsstuben der Jerusalemstraße in Berlin und dort, wo man auf die hier ausgegebenen Parolen hört, sich nicht einbilden, daß das Klagegeschrei etwas nütze. Die Reheren werden fortgesetzt, und sie werden erst dann ein Ende finden, wenn der Stoff für sie ausgeht. Daß das bald geschehe, das warte Gott!

Die Poststempel gegen die Kriegsschuldfrage.

Weimar, 24. Oktober. Ähnlich wird mitgeteilt, daß das Postamt Weimar gegen die Absicht des thüringischen Staatsministeriums, auf den Umschlägen aller von den Ministerien ausgehenden Briefe einen gegen die Kriegsschuldfrage des Versailler Diktats gerichteten Vermerk setzen zu lassen, Bedenken erhoben habe, da ein Erlaß des Reichspostministeriums vom 24. Septbr. 1931 Aufdruck über die Kriegsschuldfrage usw. beanstandet. Das Staatsministerium hat daraufhin das Reichspostministerium um Zurückziehung dieses Erlasses ersucht und dies damit begründet, daß der Kampf um die Beseitigung der Kriegsschuldfrage höchste politische und sittliche Pflicht jedes wahrhaften Deutschen sei.

Revolutionäre Rede eines SA-Oberführers.

Freiburg i. Br., 24. Oktober. (Eig. Meldg.) Bei einer Fahnenweihe der Standarte 113 der hiesigen SA sprach Oberführer Rubin der Untergruppe Baden zu den versammelten SA-Leuten. Er führte dabei u. a. aus, daß nicht parlamentarischer Kuhhandel noch Regierungsnoterordnungen eine Aenderung in Deutschland herbeiführen würden, sondern nur die soziale und nationale Revolution der NSDAP. In Baden seien 15 000 SA-Männer die besten Garanten für diese kommende Revolution. Er wünschte, daß noch mehr SA-Leute in die Gefängnisse wanderten und daß neue Verbote kämen, damit